



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**11. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.07.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:43 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Renate Prüß - SPD & FW		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Judith Bach
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Rainer Holtz - AfD		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen		ab TOP 3.2 ; 16.38 Uhr
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
<b>Verwaltung</b>		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Karin Claus - Soziale Sicherung		nur öffentlicher Teil bis 17.50 Uhr
Katja Elstner - 2.500 Soziale Sicherung		bis TOP 3.2; 16.38 Uhr
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben		
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE		

Sabine Klawitter - Personalrat SIE	
Stefan Meierhoff - Personalrat FB 2	nur öffentlicher Teil bis 17.50 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil bis 17.50 Uhr
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil bis 17.50 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	nur öffentlicher Teil bis 17.50 Uhr
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Ilham Darouich - Forum für MigrantInnen	bis TOP 5.2; 17.40 Uhr
Katja Nowroth - ePunkt e.V.	bis TOP 5.1; 17.40 Uhr
Melanie Wienicke - Epunkt e.V.	bis TOP 5.1; 17.40 Uhr
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	-entschuldigt-
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Sandra Odendahl - SPD & FW	- entschuldigt -
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	-entschuldigt-

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf Anfrage von AM Akyurt "Öffentlich geförderter Wohnungsbau" im HA am 19.04.2022, VO/2022/11050	<b>VO/2022/11050-01</b>
3.2	Notwendige Pflegesatzerhöhungen 2024/2025 bei SIE	
3.3	Informationen zum Cafe Salut	
3.4	NEU: Information zum Runden Tisch "Food-Sharing"	
3.5	NEU: Anfrage AM Frau Akyurt zum "Housing First"	
4	Berichte	
4.1	Schulentwicklungsplanung Förderzentren	<b>VO/2024/13171</b>
4.2	Mündlicher Bericht Soziale Wohnraumförderung	
4.3	Bericht zum Antrag VO/2024/12914-01 von AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	<b>2024/12914-01-01</b>
4.4	Vorstellung der Stabsstelle Migration und Ehrenamt	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Basisorientierte Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch die Absicherung der Tandempartnerschaft zwischen der Freiwilligenagentur ePunkt e.V. und der Stabsstellen Migration und Ehrenamt im Rahmen eines Budgetvertrags	<b>VO/2024/13318</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	<b>VO/2024/13171-04</b>
6.2	Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	<b>VO/2024/13171-05</b>

7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
-------------------------------------------------------------------------------------

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste Frau Darouich, Frau Nowroth und Frau Wienicke und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie schlägt folgende Änderungen für die Tagesordnung vor:

TOP 3.1 und TOP 4.2 sollten wegen der gleichen Thematik zusammen beraten werden;  
TOP 3.3 wird zurückgestellt, da die Verwaltung sich noch in der Prüfung befindet;  
TOP 4.1, Top 6.1 und TOP 6.2 werden ebenfalls zusammen beraten, weil es um den Schulentwicklungsplan und die Förderzentren geht.

Hierzu erklärt Herr Müller, dass im Ausschuss für Schule und Sport eine gemeinsame Sitzung vom Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Schule und Sport sowie dem Ausschuss für Soziales vorgeschlagen wurde, in dem diese TOPs zu beraten sind.

Herr Voht verweist auf die Aussage der Verwaltung aus der letzten Sitzung und hinterfragt, warum der gesamte Ausschuss für Soziales teilnehmen soll, wenn keine Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales für die Thematik besteht.  
Auch Frau Akyurt hinterfragt die Zuständigkeit.

Frau Prüß bestätigt, dass die Zuständigkeit nicht beim Ausschuss für Soziales liegt, betont aber die Schnittstellen bei diesem Thema und schlägt vor, dass Herr Dr. Mischnik, sie selbst und der Beirat für Menschen mit Behinderung teilnehmen sollten, sowie alle anderen Vertreter:innen des Ausschusses, die sich anschließen möchten.

Herr Müller-Lornsen erklärt, dass er die Zuständigkeit sehr wohl im Ausschuss für Soziales sieht, da es nicht nur um die Kinder geht, sondern auch um die Elternassistenz, die dem Ausschuss für Soziales zuzuordnen ist.

Frau Akyurt schlägt vor, dass dieser TOP zu vertagen ist, bis das Rechtsamt in dieser Sache die Zuständigkeiten geprüft hat.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.  
Der Ausschuss für Soziales entscheidet mit 14 Stimmen einstimmig die Vertagung von TOP 4.1, TOP 6.1 und TOP 6.2.

Abschließend lässt sie über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis TOP 14 en bloc einzeln abstimmen:  
Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Blank, Frau Hartfuß, Herrn Wadehn und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nutzt die Vorsitzende die Gelegenheit, sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Wulf, dem stellv. Bereichsleiter der Soziales Sicherung, für seine Arbeit zu bedanken und wünscht ihm alles Gute für den bevorstehenden Ruhestand.“

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2024**

Einwendungen gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich die Niederschrift.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

## **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 3.1 Antwort auf Anfrage von AM Akyurt "Öffentlich geförderter Wohnungsbau" im HA am 19.04.2022, VO/2022/11050 Vorlage: VO/2022/11050-01**

Dieser TOP wird mit TOP 4.2 beraten

Frau Schwartz erklärt, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Beantwortung zur einer Anfrage aus dem Hauptausschuss handelt, die aber aufgrund der Thematik und dem TOP 4.2 auch dem Ausschuss für Soziales zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Akyurt stellt hierzu fest, dass aus der Antwort ersichtlich ist, dass man deutlich hinter dem festgelegten Ziel geblieben ist. Sie sieht vorrangig die Verantwortung beim Bund und Land und wünscht sich mehr Tempo bei diesen Themen. Sie sieht die städtische Verantwortung, indem die Prozesse schlanker gestaltet werden sollten.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt hierzu, dass die Verwaltung in einem engen Austausch mit dem Land zum Umgang mit den begrenzten Fördermitteln ist. Sie stellt dar, dass ein nicht unerheblicher Teil der Fördermittel für die Region Heide, im Zusammenhang mit dem Projekt Northvolt, reserviert ist.

Frau Schwartz kündigt für den September einen ausführlichen Bericht zu dem Förderbudget in der sozialen Wohnraumförderung an. Eine Liste der förderfähigen Projekte wird erstellt und an das Land übersendet. Die endgültige Entscheidung über die bei der Förderung berücksichtigten Projekte fällt das Land bzw. die Investitionsbank.

Herr Müller merkt an, dass der Sozialausschuss eine Quote von 50 % beim sozialen Wohnungsbau beschlossen hat, die Bürgerschaft dies aber abgelehnt hat.

Herr Voht führt an, dass es ausreichend Flächen mit Baurecht in Lübeck gibt. Die Wohnungsbau-träger sind jedoch bereits jetzt sehr zurückhaltend. Dies wird sich mit dem Wegfall der Förderung bzw. mit dem eingeschränkten Budget eher noch verstärken.

Frau Siegenbrink hat einen schriftlichen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die Politik erwartet.

Frau Gröschl-Bahr spricht sich dafür aus, das nicht an der Qualität beim sozialen Wohnungsbau bauen gespart werden darf.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass der Stadt durch die Wohnungsbaugesellschaft Trave eine Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeit gegeben sind.

Frau Prüß stellt dar, dass neben der Prozessoptimierung und der Standardabsenkungen, die Möglichkeiten der Kommunen in diesem Bereich begrenzt sind.

Frau Akyurt verweist auf die Zuständigkeit des Fachbereiches 5 und dem Bauausschuss.

Frau Claus bestätigt, dass es einen engen Austausch auch zum Fachbereich 5 gibt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

**Anfrage aus dem Hauptausschuss VO/2022/11050 von Frau Akyurt zum öffentlich geförderten Wohnungsbau**

In der HA-Sitzung vom 19.04.22 wurde folgende Anfrage gestellt:

In dem Bericht der Verwaltung "Kurswechsel in der Wohnungsmarktpolitik" (VO/2021/10609) wird ausgeführt:

"Insgesamt sind bzw. werden zwischen 2015 und 2024 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für rund 6.600 Wohneinheiten (WE) geschaffen. Davon sollen rund 5.400 WE im Geschosswohnungsbau errichtet werden und damit unter Berücksichtigung der 30 %-Quote mindestens 1.600 geförderte Wohnungen geschaffen werden."

Hierzu frage ich den Bürgermeister:

1. Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 bezugsfertig neu entstanden?

2. Mit wie vielen bezugsfertig neu entstandenen Wohnungen im geförderten Wohnungsmarkt plant bzw. rechnet der Bürgermeister für die Jahre 2022, 2023 und 2024?

3. In welchen Baugebieten sind bis zum Jahr 2024 die größte Anzahl an Neubauten im geförderten Wohnungsmarkt geplant? (Bitte um Benennung der fünf Gebiete mit der größten Anzahl)

4. Nach einer aktuellen Verlautbarung des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen stockt aktuell die Umsetzung von Neubauprojekten (Quelle: <https://www.hinzundkuntz.de/keine-loesung-fuer-sozialwohnungs-krise-in-sicht/>).

Sieht der Bürgermeister auch in Lübeck die geplanten Neubauten von Sozialwohnungen bis 2024 hiervon betroffen?

5. Falls ja: Welche Schritte sind ggf. geplant, um die entstandene Lücke zu kompensieren?

6. Können aktuell alle Bedarfe für die Vermittlung von Wohnungsbelegungsrechten aus Sicht des Bürgermeisters befriedigt werden? Wenn nein: Wo bestehen die schwerwiegendsten Defizite?

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

<b>Abstimmungsergebnis</b>	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

### zu 3.2 Notwendige Pflegesatzerhöhungen 2024/2025 bei SIE

Herr Wadehn berichtet mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation von den Verhandlungen und stellt ausführlich die Systematik und die Notwendigkeit der Erhöhungen dar.

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Siegenbrink, Herr Voht und Frau Prüß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 3.3 Informationen zum Cafe Salut

vertagt

### zu 3.4 NEU: Information zum Runden Tisch "Food-Sharing"

Herr Blank berichtet, dass seitens der Verwaltung gem. dem damaligen Auftrag das erste Treffen des Runden Tisches „Food Sharing“ initiiert wurde. Dieser runde Tisch hat am 30.09.2020 stattgefunden.

Es wurde vereinbart, dass die Betreuung und Organisation des runden Tisches nach diesem Termin an den Verein „Foodsharing e.V.“ übergeht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### zu 3.5 NEU: Anfrage AM Frau Aykurt zum "Housing First"

Frau Aykurt erfragt den Umsetzungsstand zum Projekt Housing first und bittet um die Darstellung der weiteren Zeitplanung.

Frau Schwartz erklärt, dass im nächsten Umsetzungsschritt der Abschluss einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung mit der DNNO ansteht. Zeitgleich hält die DNNO bereits Ausschau nach geeigneten Wohnungen. Aufgrund des bereits vorhandenen guten Netzwerks und der bestehenden Beziehungen zu den Wohnungsbaugesellschaften sollten hier zügig erste Wohnungen identifiziert werden können.

Zudem wurde beim Runden Tisch „Obdachlosigkeit“ auch darüber berichtet.

Frau Aykurt erfragt, ob es schon Wohnungen für das Projekt gibt.

Frau Schwartz betont erneut, dass Housing First ja nicht losgelöst von den anderen Hilfsangeboten gesehen werden kann und die Kontakte zwischen dem städtischen Partner DNNO und den Wohnungsbaugesellschaften bereits bestehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4      Berichte**

**zu 4.1      Schulentwicklungsplanung Förderzentren  
Vorlage: VO/2024/13171**

vertagt

**Beschluss:**

Die vorgelegte Schulentwicklungsplanung betrifft die Förderzentren in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck. Die Schulentwicklungsplanung umfasst eine langfristige Schüler:innenzahlenprognose sowie eine Analyse der vorhandenen Schulstruktur und des zu erwartenden Raumbedarfs.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.2      Mündlicher Bericht Soziale Wohnraumförderung**

Dieser TOP wurde mit TOP 3.1.zusammen beraten

**zu 4.3      Bericht zum Antrag VO/2024/12914-01 von AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP):  
AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote  
Vorlage: 2024/12914-01-01**

Herr Müller-Lornsen erläutert nochmals den Antrag und erklärt, dass der Auftrag eine Aufklärungskampagne gewesen sei und sieht den Auftrag nicht als erfüllt an.

Dr. Mischnik sieht den Auftrag als erfüllt an, da eine Prüfung zu der Umsetzung einer derartigen Kampagne erfolgen sollte. Diese ist in dem vorliegenden Bericht erfolgt.

Herr Müller schließt sich Herrn Dr. Mischnik an.

Herr Müller-Lornsen erfragt, ob der psychosoziale Wegweiser um Apps und Links erweitert werden kann. Herr Dr. Mischnik erklärt, dass der Wegweiser nicht in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes liegt, er die Anregung aber gerne weitergeben wird.

Frau Senatorin Steinrücke bekräftigt noch einmal, dass der Prüfauftrag erfüllt wurde und das Ergebnis der Prüfung in dieser Vorlage dargestellt wurde.

Herr Voht verweist nochmal auf den Antrag, bei dem es sich um einen Prüfauftrag handelt und nicht um einen Umsetzungsbeschluss. Zudem wurden in dem Antrag Vorstellungen über eine mögliche Kampagne schon aufgelistet.

Herr Kröger erklärt, dass mit dieser Vorlage eine fachliche Einschätzung des Gesundheitsamtes vorliegt und auch daraus hervorgeht, dass die Zahlen rückläufig sind.

Frau Gröschl-Bahr ergänzt, dass Suizid-Hotspots /Plätze in den Focus genommen werden sollten.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet vom Arbeitskreis psychische Gesundheit.

Frau Akyurt schlägt vor, dieses als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und den TOP in der Sitzung im November erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig so zu verfahren.

**Beschluss:**

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob im Jahr 2024 in der Stadt Lübeck eine Aufklärungskampagne zum Thema „Psychische Erkrankung“ und „Suizidalität“ realisiert werden kann.

Ziel ist es, auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und das Thema in den Fokus zu rücken.

Der Prüfauftrag zielt auf die Kosten für die Durchführung und die Art/Umfang einer solchen Kampagne sowie auf die zeitnahe Umsetzung ab.

Wir erwarten eine Rückmeldung im zweiten Quartal 2024, die dem Sozialausschuss vorgelegt werden soll.

Antrag VO/2024/12914:

„Um die Themen „psychische Erkrankungen“ und „Suizidalität“ in der Stadt Lübeck sichtbar zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kampagne zu gestalten, die auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam macht.

Denkbar wären Mottos wie "Du bist nicht allein!" oder "Wir sind für dich da!". Die Kampagne soll mit Flyern, Plakaten und einem Social-Media-Team gestaltet werden.

Begründung:

Jährlich nehmen sich in Deutschland ca. 10.000 Menschen das Leben.

Auch wenn unsere Gesellschaft langsam anfängt Stigmata aufzubrechen und psychische Erkrankungen als solche anzuerkennen, wissen viele Betroffene nach wie vor nicht, wo sie sich Hilfe suchen können.

Lübeck hat viele tolle Hilfsangebote, die leider kaum bekannt sind.

Dies ist mehr als genug Grund, dass wir uns als Kommunalpolitik vornehmen, daran vermehrt zu arbeiten.

Die Ausarbeitung einer Aufklärungskampagne wäre ein sinnvoller und wichtiger erster Schritt.“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt dieses als Zwischenbericht zur Kenntnis.

#### zu 4.4 Vorstellung der Stabsstelle Migration und Ehrenamt

Frau Rummert führt in das Thema ein und stellt die neue Stabsstelle nach der Zusammenlegung der Stabsstelle Ehrenamt und Stabsstelle Integration und Koordinierung Flüchtlingsarbeit mit den Schwerpunkten Organigramm, Personalressourcen und Arbeitsschwerpunkten vor.

Zum Thema Basisanbindung und Zielgruppenorientierung der Stabsstelle Migration und Ehrenamt stellen Frau Darouich, Frau Nowroth und Frau Wiencke die Kooperation und Tandemarbeit zwischen dem Forum für Migration und dem EPunkt mit der Stabsstelle vor. Die Vorstellung wird insgesamt durch eine Power Point Präsentation unterstützt.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Blank und Frau Senatorin Steinrücke.  
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 5 Beschlussvorlagen

##### zu 5.1 Basisorientierte Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch die Absicherung der Tandempartnerschaft zwischen der Freiwilligenagentur ePunkt e.V. und der Stabsstellen Migration und Ehrenamt im Rahmen eines Budgetvertrags Vorlage: VO/2024/13318

Es wird die gute Idee der Tandembildung gelobt und die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

#### **Beschluss:**

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Freiwilligen Agentur ePunkt e.V. einen Budgetvertrag mit dem Inhalt abzuschließen, dass die Hansestadt Lübeck der Freiwilligen Agentur ePunkt e.V. eine Personalstelle über 39 Stunden pro Woche mit einer Vergütung nach TVöD VKA EG 10 Stufe 4 (ca. 76.457 €+ Gemeinkosten i.H.v. 8000 € jährlich) finanziert. Der Budgetvertrag löst den jährlichen Zuschuss ab.

2. Der Beschluss gilt angelehnt an die Restlaufzeit der bestehenden Budgetverträge bis zum 31.12.2026. Die Weiterführung obliegt der Beschlussfassung der Bürgerschaft.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt gemäß Antrag zu beschließen.

## zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

### zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren Vorlage: VO/2024/13171-04

vertagt

#### **Beschluss:**

Vergleichende Kosten- und Zeitschätzung für Förderschulmodelle in Lübeck

Die Verwaltung wird gebeten, bis August 2024 den voraussichtlichen Kostenplan für Förderschulen

a) für die im Bericht VO/2024/13171 von der Lübecker Verwaltung dargelegten Planung des Förderschulbaus und dazu im Vergleich

b) die Kosten für "Förderschule ohne Schüler\*innen" nach dem Vorbild der schleswig-holsteinischen Kommunen Eutin und Schwarzenbek in Adaption für Lübeck

darzulegen.

Darzulegen ist ebenfalls im Vergleich die jeweils zeitliche Dauer für die Realisierung der zwei verschiedenen Modelle a) und b).

Sowohl bei den Kosten- als auch der Zeitplanung reicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine erste Kosten- und Zeitschätzung basierend auf den zum jetzigen Zeitpunkt im Rahmen dieses Berichts antrags für eine Kosten- und Zeitschätzung verfügbaren Daten. Einschlägige Daten aus dem Bereich des Schulbaus inkl. Schulsanierungen Lübecks sind hierbei für die Schätzung heranzuziehen, sofern diese geeignet erscheinen und/oder wenn es keine anderen nutzbaren Daten geben sollte.

Bei der vergleichenden Zeit- und Kostenschätzung sind die jeweils mit Schulbau verbundenen

- gesetzlichen Klimaschutzvorschriften in der Zeit- und Kostenfolge sowie
- Umweltfolgekosten inkl. der finanziellen Auswirkung von gegebenenfalls neuer Flächenversiegelungen

zu berücksichtigen.

Bei dem Kostenvergleich sind ebenfalls die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Gebäude nach a) und b) für Lübeck einander vergleichend gegenüberzustellen (wie z.B. Hausmeister- und Sach-/Materialkosten für Gebäudeinstandhaltung, Reinigungspersonal/-kosten der Gebäude, Energiekosten etc.).

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 6.2</b>	<b>Fraktion LINKE &amp; GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren Vorlage: VO/2024/13171-05</b>
---------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------

vertagt

**Beschluss:**

1. Der Beirat und die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung werden in den Ausschuss für Soziales und/oder Ausschuss für Schule und Sport eingeladen, um sie zu dem Bericht Schulentwicklungsplanung Förderzentren anzuhören.
2. Der Bericht wird bis dahin zurückgestellt.
3. Zu der Sitzung werden weitere Initiativen, wie die Initiative Inklusion eingeladen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 7</b>	<b>Anträge von Ausschussmitgliedern</b>
-------------	-----------------------------------------

**zu 8      Verschiedenes**

Frau Senatorin Steinrücke informiert, dass für den 16.10.2024 eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses vorgesehen ist. Hierbei soll es, im Sinne der Funktion als Werksausschuss für die SIE, ausschließlich um Themen der SIE gehen.  
Sie bittet den Termin vorzumerken.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende schließt um 17.50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und erklärt, dass die nichtöffentliche Sitzung nach einer 10minütigen Pause um 18.00 Uhr fortgesetzt wird. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18.00 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende berichtet, dass die Niederschrift genehmigt wurde und schließt die Sitzung im 19.43 Uhr.

Lübeck, den 6. September 2024

Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung